Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 50 (1958)

Heft: 10

Artikel: Der britische Gewerkschaftskongress

Autor: Brügel, J.W.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-353865

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

ein raffiniertes System ersetzen, dessen Endzweck darin besteht, die Verbesserung der Löhne zu bremsen. Solche Versuche wären zum vornherein zum Scheitern verurteilt. Sie würden zudem dazu beitragen, das ganze Problem auf eine *politische Ebene* zu drängen, denn sozialer Stillstand in einem demokratischen Staatswesen wie dem unsrigen hätte zur Folge, daß wir jede Aussicht, das Rennen gegen den Dynamismus totalitärer Staaten zu gewinnen, verlieren müßten. In unserem Lande haben die mit der Arbeitsqualifikation gemachten Erfahrungen bisher keine schwerwiegenden Schwierigkeiten heraufbeschworen, und zwar vor allem deshalb, weil die Gesamtarbeitsverträge und Vereinbarungen, welche die Arbeitsbedingungen regeln, sehr verbreitet sind. Dazu kommt, daß die einzelnen Unternehmen sehr vorsichtig vorgegangen sind und sich im allgemeinen der Mitarbeit des Personals versicherten, indem sie vor der Einführung des Qualifikationssystems die entsprechenden Pläne der Arbeiterkommission oder einer eigens dafür ins Leben gerufenen Kommission unterbreiteten. Sowohl in der Schweiz als anderswo ist es schließlich der bei der Einführung des Qualifikationssystems herrschende Geist, welcher entscheidend ist für die Haltung des Personals, entscheidend auch dafür, ob der Neuerung Vertrauen oder Mißtrauen entgegengebracht wird.

Wenn sich die Spezialisten, die sich mit den Problemen der Arbeitsqualifikation beschäftigten, stets dessen bewußt sind, daß das Gelingen oder Mißlingen neuer Methoden nicht in erster Linie von logischen und systematischen Faktoren abhängig ist, sondern davon, ob der Mensch in gebührendem Maße berücksichtigt wurde, der Arbeitende, der sich gegen eine Entpersönlichung zur Wehr setzt und einsteht für eine gerechte Entlöhnung seiner Arbeit, dann werden sie Mißgriffe und Irrtümer vermeiden können, welche in verschiedenen anderen Ländern begangen worden sind.

Adolphe Graedel, Bern.

Der britische Gewerkschaftskongreß

Der Inhalt der gewerkschaftlichen Arbeit ist überall der gleiche, wo immer sich arbeitende Menschen zum Schutze ihrer Interessen demokratisch zusammenschließen. Aber die Form, in der sich die der Oeffentlichkeit zugekehrte Seite der gewerkschaftlichen Betätigung vollzieht, ist oft von Land zu Land sehr verschieden. Ein Kongreß des Britischen Gewerkschaftsbundes (TUC) unterscheidet sich wesentlich von einer analogen gewerkschaftlichen Tagung auf dem europäischen Kontinent. Da ist zunächst einmal die Regelmäßigkeit der Abhaltung: der Kongreß tagt alljährlich in der ersten Septemberwoche von Montag früh bis Freitag mittag. In dieser parlaments-

losen Zeit ist er das innenpoltische Hauptereignis der Woche, wird in den Zeitungen aller Richtungen so behandelt wie sonst der Bericht über das Unterhaus und leitet alljährlich nach den Sommerferien die innenpolitische Herbstsaison ein. Mit den Delegierten, den Gästen und Journalisten vereinigt ein solcher Kongreß fast für eine ganze Woche mindestens 3000 Personen. Da für soviel Menschen Unterbringungsmöglichkeiten nur in Badeorten in der Nachsaison bestehen, findet der Kongreß immer in einem anderen Seebad statt, niemals in einer Industriestadt. Ein weiterer grundlegender Unterschied ist, daß es nicht die anderswo selbstverständliche Traktandenliste gibt. Von Begrüßungsansprachen und ähnlichen Dingen abgesehen, hat der Kongreß nur eine Aufgabe: den gedruckt vorliegenden Jahresbericht des Generalrates (Vorstand) durchzuberaten und zu genehmigen. Von den Mitgliedsverbänden eingebrachte Anträge werden im Zusammenhang mit den inhaltlich zusammenhängenden Absätzen des Jahresberichtes behandelt. Da dieser in Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik, Außenpolitik usw. gegliedert ist, ergibt es sich von selbst, daß jeder Tag ein in sich geschlossenes Programm hat. Die Verhandlungen werden vom im Vorjahr bestimmten Vorsitzenden mit einer programmatischen Ansprache eröffnet und geleitet. Am Ende des Kongresses übergibt der Präsident sein Amt dem eben gewählten Nachfolger, das heißt dem rangnächsten Mitglied des Generalrates.

Die Tagung des Jahres 1958, der Zahl nach der neunzigste Gewerkschaftskongreß, wurde in der Tagespresse als «sensationslos» und daher «langweilig» abgetan. Wer von dem Kongreß in *Bournemouth* dramatische Auseinandersetzungen erwartete, ist allerdings nicht auf seine Rechnung gekommen. Es war eben eine Konferenz der ruhigen Arbeit. Aber das bedeutet auch wieder nicht, daß keine gegensätzlichen Auffassungen laut wurden. Wie sollte es in einer Organisation auch anders sein, die jetzt in 185 Verbänden verschiedenster Größe, Struktur und Tradition insgesamt die Rekordzahl von fast 8,4 Millionen Mitglieder vereinigt?

Eine Meinungsverschiedenheit sogar innerhalb der leitenden Körperschaft war in dem Bericht des Generalrates in aller Offenheit beschrieben worden. Während des Streiks des Londoner Autobuspersonals im Mai dieses Jahres verlangte der Generalsekretär des Transportarbeiterverbandes, *Frank Cousins*, der zugleich Mitglied des Generalrates des Gewerkschaftsbundes ist, von dieser Körperschaft die Ausdehnung des Streiks, hauptsächlich auf das Personal des Untergrundbahnbetriebes. Seiner Auffassung nach sollte man den Streikenden zu Hilfe kommen, weil sie nicht nur im eigenen Interesse kämpften, sondern für alle anderen Arbeiter, da sie sich den Bestrebungen der konservativen Regierung zu einem Lohnstopp entgegenstellten. Der Generalrat widersprach dem nicht und sorgte für

weitgehende materielle Unterstützung des Streiks, sah sich aber nicht in der Lage, den Mitgliedern anderer Verbände zu empfehlen, auch in den Ausstand zu treten. Das hätte gegen den Grundsatz verstoßen, daß in Fragen der gewerkschaftlichen Taktik ausschließlich die Mitglieder der betreffenden Organisation selbst entscheiden. In Bournemouth wurde dieser Konflikt in der Debatte erwähnt; Cousins selbst wehrte aber einen von kommunistischer Seite stammenden Versuch ab, den Kongreß gegen den Generalrat in dieser Sache zu mobilisieren.

Das grundsätzliche Problem, das hinter diesem Konflikt steckt, beschäftigte jedoch die mehr als 900 Delegierten aufs intensivste, auch wenn der unmittelbare Anlaß, der Londoner Autobusstreik, dabei im Hintergrund blieb. Es ist ein alter Streitpunkt, ob es eine einheitliche gewerkschaftliche Lohnpolitik geben oder ob die Entscheidung über die Taktik in Lohn- und Streikfragen ganz bei den einzelnen Verbänden bleiben soll. Aus den verschiedensten Lagern sind immer wieder Vorschläge gekommen, den Generalrat des Bundes – heute eine lediglich koordinierende Körperschaft – zu einer Art gewerkschaftlichem Generalstab zu machen und ihm entsprechende Vollmachten zu geben. In diesem Jahr stand vor allem ein Vorschlag des Verbandes der chemischen Arbeiter zur Debatte, der nach der Schaffung eines zentralen Streikfonds rief, den der Gewerkschaftsbund verwalten würde. Der Kongreß konnte sich für diesen Antrag aber nicht erwärmen, der zu sehr von der bisherigen Linie der vollen Verbandsautonomie abgewichen wäre.

Im Mittelpunkt der Erörterungen stand auch in diesem Jahr wieder das Problem der *Lohnpolitik* im Rahmen der allgemeinen Wirtschaftspolitik. Da die konservative Regierung die durch ihre Politik hervorgerufene Inflation immer stärker ausschließlich auf Kosten der Arbeiter bekämpfen will, haben die Gewerkschaftskongresse der Jahre 1956 und 1957 es eindeutig abgelehnt, sich bei Lohnforderungen, die durch das Steigen des Preisniveaus unausweichlich geworden sind, von der Regierung einen Maulkorb umbinden zu lassen. Natürlich vertreten auch die Gewerkschaften – und vor allem sie – den Standpunkt, daß das Ziel die Erhöhung der *Reallöhne* und nicht nur eine Steigerung der Nominallöhne sein müsse. Aber sie weigern sich, den Arbeitern einseitig Verzicht auf Lohnerhöhungen zu predigen, wenn von anderen Schichten der Bevölkerung keine gleichwertigen Opfer verlangt werden. Auf Antrag des Generalsekretärs der Transportarbeiter, *Frank Cousins*, wurden die vorjährigen Beschlüsse in dieser Sache demonstrativ bestätigt. Natürlich bedeutet das keinen Verzicht der Gewerkschaften auf verantwortliches Handeln. Aber sie lassen sich die Gesetze ihres Handelns nicht von einer Regierung vorschreiben, die die Interessen der Arbeitnehmerschaft mißachtet.

Die große Sorge der englischen Gewerkschaften, die das einleitende Referat des Sprechers des Generalrates, *Alan Birch* (Generalsekretär der Ladenangestellten), zum Lohnproblem beherrschte, ist die steigende Arbeitslosigkeit. Sie hat nach zwölf Jahren der Vollbeschäftigung noch keinen bedrohlichen Umfang angenommen, aber sie ist in manchen Berufen recht weit verbreitet, und ihre Ausdehnung droht. Schuld ist vor allem die restriktive Politik der Regierung Macmillan als Folge der von ihr hervorgerufenen Inflation, die die Entfaltung der Produktivkräfte hemmt und zu einem Schrumpfungsprozeß in der Wirtschaft geführt hat. Demgegenüber heißt das Schlagwort der Gewerkschaften, wie Alan Birch in Bournemouth unterstrich, Wirtschaftsexpansion zur Sicherung der Vollbeschäftigung. Auf Antrag von *William Carron*, dem Präsidenten des Metallarbeiterverbandes (AEU), hat denn auch der Kongreß ohne weitere Debatte einstimmig eine Resolution beschlossen, die die konservative Regierung anklagt, bei der Sicherung der Vollbeschäftigung versagt zu haben, eine expansionistische Wirtschaftspolitik und ein hohes Ausmaß von Investitionen zur Ankurbelung der Wirtschaft verlangt und schließlich die Gewerkschaften darauf verpflichtet, für den Antritt einer Regierung zu sorgen, die «als ihr unmittelbares Ziel die Schaffung einer Planwirtschaft hat, durch die den Arbeitern des Landes Vollbeschäftigung und ein ständig wachsender Lebensstandard gesichert würde».

Bei allem Festhalten an der traditionellen Autonomie der Mitgliedverbände hat aber ein Ereignis der letzten Zeit die britischen Gewerkschaften doch gezwungen, über eine gemeinsam zu führende Wirtschaftspolitik nachzudenken. Die Regierung Macmillan hat vor einiger Zeit einen aus drei alten Herren – einem Richter, einem Nationalökonomen und einem Bilanzfachmann – zusammengesetzten Ausschuß eingesetzt, der für sie Gutachten über die wirtschaftliche Lage abgeben soll. Auf den ersten Blick ist nicht recht einzusehen, wozu man eine solche Instanz braucht. Aber Macmillan hat sie sehr dringend gebraucht. Dieses Kollegium hat nämlich die Aufgabe, die ultrareaktionären Vorschläge zu erstatten, die die Konservativen aus Angst vor den Wählern nicht aus Eigenem vorlegen wollen. Es macht sich besser, dachten sie, wenn es von «Fachleuten» kommt. In seinen bisher erstatteten zwei Gutachten hat dieser Ausschuß sich dementsprechend gegen Lohnerhöhungen (nicht aber gegen höhere Dividenden) gewendet und «ein gewisses Ausmaß» an Arbeitslosigkeit als die normalste Sache der Welt bezeichnet. Kein Wunder, daß die Gewerkschaften über dieses Komitee der Vorgestrigen erbost sind. Die Konferenz von Bournemouth hat aber beschlossen, sich hier nicht mit Kritik zu begnügen, sondern für den nächsten Kongreß eine eigene gewerkschaftliche Analyse

der Wirtschaftslage unter dem Gesichtspunkt der Erhaltung der Vollbeschäftigung vorzubereiten.

Wenige Tage vor dem Gewerkschaftskongreß haben sich in Nottingham und dem Londoner Stadtteil Notting Hill üble Ausschreitungen einer zahlenmäßig geringen Horde von «Halbstarken» gegen in England ansässige Neger ereignet. Unter den vielen englischen Protesten gegen dieses die freundschaftlichen Beziehungen mit den farbigen Völkern gefährdende Treiben gehörte die Stellungnahme des Gewerkschaftskongresses dank ihres energischen Tones und ihrer Eindeutigkeit zu den eindrucksvollsten. Das vom Generalsekretär des Bundes, *Vincent Tewson*, geprägte Wort, es dürfe in England *kein Little Rock* geben, hat wesentlich zur Reinigung der Atmosphäre beigetragen – die Gewerkschaften haben sich wieder als das verläßlichste Bollwerk im Kampf um Menschenrechte, als Führer im Kampfe gegen Rassenhaß und Rassenvorurteile erwiesen.

J. W. Brügel, London

Gewerkschaftsstatistik

Soeben erscheint die alljährliche Publikation der Gewerkschaftsstatistik, «Die Gewerkschaften im Jahre 1957», im Druck. Entgegen der bisherigen Uebung wird sie aus Raumgründen nicht mehr in der «Gewerkschaftlichen Rundschau» abgedruckt, sondern erscheint nur noch als selbständiges Heft. Abonnenten und Bezüger der «Rundschau», die sich dafür interessieren, können das Heft auf Verlangen vom Sekretariat des Gewerkschaftsbundes, Monbijoustraße 61, Bern, Telephon (031) 5 56 66, gratis erhalten.

Redaktion der «Rundschau».